

Krafter Zeitung.

Nr. 69.

Samstag den 23. März

1861.

Die „Krafter Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krafter 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inzerationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile für 1 Nkr. — Inzerat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krafter Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

Einladung zur Pränumeration auf die „Krafter Zeitung“

Mit dem 1. April 1861 beginnt ein neues vierteljähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränumerationen-Preis für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1861 beträgt für Krafter 4 fl. 20 Nkr., für auswärtig mit Inbegriff der Postzusendung, 5 fl. 25 Nkr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Krafter mit 1 fl. 40 Nkr., für auswärtig mit 1 fl. 75 Nkr. berechnet.

Bestellungen sind für Krafter bei der unterzeichneten Administration, für auswärtig bei dem nächst gelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

Die Administration.

Amtlicher Theil.

Nr. 283. L. W.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben allergnädigst zu genehmigen geruht, daß wegen der bevorstehenden römisch-katholischen und jüdischen Feiertage die zur Vornahme der Wahl der Abgeordneten in den Landtag für das Königreich Galizien und Lodomerien sammt Krafter festgesetzten Tage in der Art verlegt werden, daß der Landtag am 15. April zusammentreten kann.

Im Grunde der mir diefalls von Sr. Excellenz dem Herrn k. k. Staatsminister ertheilten Ermächtigung bestimme ich hiemit an die Stelle der mit der Kundmachung vom 9. d. Mts. bekannt gemachten Wahltag:

den 3. April 1861 zum Wahltag für die Landgemeinden;

den 4. April 1861 zum Wahltag für die Städte und für die Handels- und Gewerbestämmen;

den 5. April 1861 zum Wahltag für den großen Grundbesitz.

Die sonstigen Bestimmungen der obigen Kundmachung bleiben unberührt.

Krafter, 22. März 1861.

Kitter von Unkassovich,
k. k. Hofrath.

Nichtamtlicher Theil.

Krafter, 23. März.

Die A. 3. läßt sich aus Berlin v. 19. d. schreiben: Wir befinden uns in einer Ministerkrise. Die Abnahme oder Abschaffung der Grundsteuer wird für die Minister entschieden, ob sie ihre Aemter weiter verwahren oder ihre Portefeuilles dem König zur Verfügung stellen. Es ist anzunehmen, daß der König sich in solchem Falle von seinen Ministern nicht trennen wird. Indessen werden die Minister denn doch nur unter der Bedingung bleiben, daß ihnen der König auch das Regieren möglich mache. Darunter ist ein neuer Paarschub von mindestens 40 Mitgliedern zu verstehen. Ob der König auf ein solches Auskunfts-mittel wird eingehen wollen, ist allerdings sehr zweifelhaft. Aber es wird nichts Anderes übrig bleiben. Denn abgesehen davon, daß es im Land auf eine gescheiterte Opposition stößen brauchte, durchzuführen. Nun kann doch der edle Graf, nachdem er eben die Grundsteuer bekämpft, nicht gleich sein Ministerium damit beginnen, die Grundsteuer seine Partei zu sprengen. Aber anders als durch die Grundsteuer wird er niemals das nöthige Geld erhalten. Denn daß ein preussisches Abgeordnetenhaus des edlen Grafen eigene Finanzvorschlüsse annehme, ist ganz undenkbar. Fällt die Grundsteuer im Herrenhause durch, so wird solches sich dadurch einen Schlag versehen, von dem es sich schwerlich erholen wird.

Da keine Aussicht vorhanden ist, schreibt man der „Don-B.“, daß der deutsche Bund und die holländischen Stände sich durch die dänischen Vorlagen befriedigt finden werden, hat das dänische Ministerium ein neues Project aufgestellt, und dasselbe, wie wir vernahmen, auch bereits dem französischen und englischen Cabinet zur Begutachtung vorgelegt. Demgemäß soll der südliche Theil des Herzogthums Schleswig mit Holstein vereinigt werden, und deren Gebiet dann zusammen ein unabhängiges Land bilden, das nur durch die Personalunion mit Dänemark verbunden wäre, aber auch von dem deutschen Bunde getrennt würde,

und, ähnlich wie Belgien und die Schweiz, eine neutrale Stellung erhalte. Für diese angebliche Concession soll dann der übrige größte Theil von Schleswig mit Dänemark vereinigt werden. Frankreich und England würden vielleicht der Durchführung dieses Projectes keine Einrede entgegenzusetzen, weil sie kein besonderes Interesse daran haben. Daß aber der deutsche Bund und die Herzogthümer demselben beistimmen werden, ist kaum wahrscheinlich.

Das mehrfach erwähnte Schreiben, welches der Großherzog von Oldenburg in Angelegenheiten Schleswigs und Holsteins an den König von Dänemark gerichtet hat, ist datirt: Oldenburg, den 2. Februar 1861. Von dem aufrichtigen Wunsche befeelt, zwischen Deutschland und Dänemark eine Verständigung herbeizuführen, wendet sich der deutsche Fürst an den König von Dänemark und sagt: „Eu. Majestät kennen die wesentliche Grundlage meiner Auffassung. Ich hatte selbst Gelegenheit, in Altona dieselbe 1854 vorzutragen; auch habe ich nicht veräußert, mich den verschiedenen Gefandten Eu. Maj. gegenüber ausführlich und unumwunden auszusprechen. Ich stehe nicht an, es nochmals zu wiederholen: nur in der Rückkehr zu den alten verbrieften Landesrechten der Herzogthümer kann ich das Mittel sehen, eine befriedigende Lösung der schwebenden Frage anzubahnen. Die vor mehr denn 400 Jahren durch unsern gemeinsamen Stammvater Christian I. unter Zustimmung des dänischen Reichsraths mit den Herzogthümern errichteten Grundverträge, welche eine Personal-Union mit Dänemark ermöglichten und herbeiführten, bestehen in den wesentlichsten Punkten noch zu Recht, und würden meiner Ansicht nach die einzige dauerhafte Basis für einen Verfassungsneubau sein, da sie der Grundstein der Rechte unseres Hauses sind. Es ist eine Ehrenschuld des gesammten oldenburgischen Hauses, daß diese Verträge mit beiden Ländern nicht gebrochen, daß in ihrem Geiste und dem Geiste unserer Ahnen, ein m Leben das Seine werde, sowohl dem Fürsten wie den Unterthanen. Dieser alte historische Rechtsboden ist auch in den Verträgen von 1767 und 1773 aufs Gerichteste durch den 16. Artikel des provisorischen Tractats und Artikel 7 des Definitivtractats anerkannt und garantirt. Ich kann darin nur eine Lösung der brennenden Frage finden, wenn Eu. Majestät zunächst den nur noch für Dänemark und Schleswig factisch stehenden Rump-Reichsrath und die Gesamtverfassung auch dort förmlich aufheben, da deren rechte Basis verloren gegangen ist, nachdem die Gültigkeit für Holstein und Lauenburg nicht hat zur Anerkennung kommen können; und wenn Eu. Majestät dann die alten historischen Stände der beiden vereinten Herzogthümer berufen, und denselben ein den jetzigen Verhältnissen entsprechendes Verfassungsgesetz zur Beschlußfassung vorlegen, wodurch die reine Personal-Union wieder zur vollen Anerkennung käme. Der Großherzog zweifelt in weiterer Ausführung nicht, daß die Ständeversammlung Schleswigs und Holsteins diesen landesväterlichen Entschluß mit lebhafter Freude begrüßen würden. Er hofft dadurch den Kampf erledigt zu sehen. Der Großherzog verheißt schließlich für den Fall, daß einige Extreme politischer Fractionen in Dänemark vortreten würden, den Absichten des Königs entgegenzutreten, diesem den Schutz Deutschlands und die Zustimmung Europas.“

Das Schreiben des Großh. v. Oldenburg an den König von Dänemark ist, wie erwähnt, vom 2. Februar datirt, also 5 Tage älter, als der Bundesbescheid in der Executionsfrage, welcher auf Grund eines oldenburgischen Antrages gefaßt wurde. Daß das Schreiben in Kopenhagen wenig gefallen hat, war, nach der „N. Pr. Z.“, zu erwarten. Es ließ auch, der König von Dänemark habe darauf gar nicht antworten wollen, das Ministerium aber hatte eine Antwort für notwendig, sie werde indeß wohl erst nach Schluß der holländischen Ständeversammlung erfolgen. (N. D.) Die Sitzung des franz. gesetzgebenden Körpers vom 19., welcher der Prinz Napoleon, viele Senatoren, darunter Herr Fould, und eine große Anzahl Herren des diplomatischen Corps beizuhnten, begann mit der Discussion des Amendements der sogenannten republicanischen Opposition, worin darauf angetragen ward, daß die durch große Gemeinde-Ausgaben in Unruhe versetzten Städte Paris und Lyon ermächtigt würden, ihre Gemeinderäthe, die seit mehreren Jahren von der Regierung ernannt werden, wieder selbst zu wählen. Hr. Darimon begann die Discussion. Er bemerkte, daß Paris doch wohl des nämlichen Privilegiums würdig sei, wie die glückliche Stadt Warschau, die ihren Gemeinderath ebenfalls wähle. Ferner beklagte er sich darüber, daß man sich nur um den Mittelpunkt von Paris kümmere, daß die angrenzenden Gemeinden ganz vernachlässigt würden und nicht einmal fahrbare Wege besäßen und ihre Bewohner ihre Briefe später als Marseille, und noch sogar auf sehr unregelmäßige Weise, erhielten. Schließlich bemerkte Picard, daß das Ausgabe-Budget der Stadt Paris sich seit 1847, wo es ungefähr 46 Millionen betragen, vervierfacht habe. Herr Henon (Lyon) sprach sich in ähnlicher Weise über die Municipal-Verwaltung von Lyon aus. Die Herren Devind (Paris) und Revel (Lyon) nahmen die Partei der angegriffenen Stadtverwaltungen, von denen sie Mitglieder sind. Herr Billaud, der hierauf das Wort ergriff, fand es sehr merkwürdig, daß die pariser Deputirten (Gules-Favre, Darimon und Picard) sich in Paris gewählt hätten, die im Interesse der Arbeiter gemacht würden; er fügte hinzu, daß man die Squares für die Arbeiter und nicht für die reichen Leute mache. Hr. Picard erwiderte, daß er nicht so wohl von den in Paris unternommenen Arbeiten, als von der Zahlungsfähigkeit der Stadt Paris gesprochen habe. Das Amendement selbst wurde verworfen. Die Kammer nahm hierauf die Paragraphen 13, 14, 15 und 16 der Adresse an. Der §. 13 handelt von der Aufrechterhaltung und der Consolidation des Friedens, bei welcher Gelegenheit die Herren Marquis d'Audene und Baron Beauverger verlangten, daß sich Frankreich starke Allianzen schaffe und Alles aufbiete, um den Frieden zu erhalten.

Der Artikel der „Opinion“ macht in Turin Aufsehen, weil man daraus zu erkennen meint, daß auch Frankreich noch nicht in der Lage zu sein glaubt, das neue Königreich Italien durch seine officielle Anerkennung zu erfreuen. Stillschweigend wird man meint ein Corresp. der „A. Z.“, die Regierung anerkennen, und man würde sich gänzlich beruhigt fühlen, wären nicht die vielfachen Schwankungen der kaiserlichen Regierung. So aber hat man bis zum letzten Augenblicke irgend einen neuen gegen die Einheit gerichteten Vorschlag zu gewärtigen.

Ein Schreiben aus Venedig in der „Neuen Pr. Ztg.“ widerlegt, wie die Wiener Ztg. hervorhebt: auf nicht zu bestreitende Thatsachen gestützt, die Vorwürfe, welche Prinz Napoleon in seiner bekannten Rede gegen Oesterreich zu richten beliebt hat, und stellt sie als rein aus der Luft gegriffen hin.

In der Sitzung des preussischen Hauses der Abgeordneten vom 20. d. wurde ein zahlreich unterstützter Antrag Niegoldewski's wegen „Schutzes der Nation und politischen Rechte der verschiedenen Theile des ehemaligen polnischen Gesamtstaats vor Willkür und Verklammerung“ einer besonderen Commission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Die „Gazeta Warszawska“ bringt in ihrer Nummer vom 18. März den ersten Leitartikel, der über die inneren Angelegenheiten sich auszusprechen wagt. Er ist insbesondere der „Ausburger Allg. Ztg.“ gewidmet. Das „Journal de St. Petersburg“ vom 14. d., gibt eine ausführliche Darstellung der Warschauer Ereignisse seit dem 25. Februar, welche mit der wörtlichen Mittheilung der Adresse der Polen und der darauf erfolgten Antwort des Kaisers und der Bemerkung schließt: „Wir schätzen uns glücklich, hinzuzufügen zu können, daß seitdem und bis auf den heutigen Tag die öffentliche Ruhe in Warschau nicht gestört worden ist.“ Nach einem von „D. und W.“ mitgetheilten Briefe aus Moskau war die Ermärkung des Volkes auf die Proklamation des Manifestes über die Freigabe der Leibeigenen sowohl in den Städten als auf dem Lande groß. Eine gute Anzahl von Gutsbesitzern hatte ein panischer Schrecken ergriffen, der so weit ging, daß sie sich beeilten, ihre Dörfer zu verlassen. Es ist ein Gerücht im Umlauf, daß eine bedeutende Zuckeraffinerie von den Landeuten in Brand gesteckt worden sei. Man muß indeß auf Gerüchte dieser Art gefaßt sein, sie sind das Gefolge großer Ereignisse. Die inländische Anleihe von 100 Millionen Silberrubel, welche auf den Vorschlag des Finanzministers Kujazewicz contrahirt wird, und deren Interessen und Rückzahlung in Barem erfolgen soll, bildet den Schlußstein der bereits in Vollzug gesetzten oder in Ausführung befindlichen Maßregeln, welche das neue finanzielle System Russlands gründen sollen.

Das im Monteur v. 20. d. enthaltene Bulletin meldet die Unterzeichnung der Convention, durch welche die Dauer der französischen Occupation in Syrien um drei Monate verlängert wird.

Die Einführung Lincoln's, des neuen Präsidenten, im Saale des Senats von Washington wird von der „New-York Times“ folgendermaßen geschildert: Seit Mitternacht standen neugierige vor den Thüren, um

ein gutes Plätzchen zu erobern. Als 12 Stunden später der Senat versammelt war, trat Senator Baker vor und sagte: „Mitbürger, ich stelle Ihnen Abraham Lincoln, den erwählten Präsidenten der Vereinigten Staaten vor.“ Worauf dieser sich von seinem Sitz erhob, ruhig und gemessen an den Tisch schritt und sich tief vor der beifallrufenden Versammlung verbeugte; dann setzte er seine Brille auf und verlas seine Inaugurationsrede mit klarer Stimme, so daß jedes seiner Worte im entlegensten Winkel des Saales deutlich vernommen wurde. Schon bei den ersten Worten: „Mitbürger der Vereinigten Staaten“, wurde er vom lauten Beifall des Publicums unterbrochen. Dieser wiederholte sich bei allen jenen Stellen, die seinen festen Entschluß, die Union aufrecht zu erhalten, andeuteten, so wie auch bei jenen, die zur Veröhnung mahnten. Bei der Schlussphrase (worin er die Südstaaten zur Umkehr mahnte) machte sich die Rührung bei Vielen sogar in Thränen Luft. Douglas ließ während der Rede zuweilen ein „So ist's“ oder „Das ist recht“ oder „Keinen Zwang“ vernehmen. Der Expräsident Buchanan hörte schweigend zu und wandte sein Auge nicht von seiner rechten Stiefelspitze. Als Lincoln geendigt hatte, standen Alle auf, um ihm die Hand zu drücken, voran Richter Taney, dann Buchanan, Chase, Douglas und die Andern. Einer vom Süden sagte ihm dabei: „Der Himmel segne Sie, verehrter Herr, Sie werden uns retten.“ Worauf Lincoln erwiderte: „Es freut mich sehr, daß meine Rede den Männern des Südens Freude verursacht, denn dann weiß ich, daß ihnen nur das, was Recht ist, zusetzt.“ Von anderer Seite her wird gemeldet: „Das Einweihungsfest des Präsidenten in Washington am 4. war nicht im Geringsten durch feindselige Demonstrationen gestört worden. In dieser Beziehung waren somit entweder die Besorgnisse übertrieben gewesen, oder es hatten die umfassenden Maßregeln der Regierung von jedem Versuche einer Ruhestörung gründlich abgeschreckt. Der Ball am Abend wird als glänzend geschildert. Expräsident Buchanan wurde bei seiner Abfahrt von Washington von 4 Militär-Compagnien und vielen hochbedeuten Bürgern zum Bahnhof geleitet. Das Volk rief ihm ein herzliches Lebewohl nach, und er schien durch diese Beweise von Zuneigung tief bewegt zu sein.“

Die Circular-Depesche Sr. Eminenz des Cardinal-Staatssekretärs Antonelli an die diplomatischen Vertreter des heiligen Stuhles im Auslande lautet: (Fortsetzung.)

Worin besteht denn nun die behauptete Hartnäckigkeit des heiligen Vaters während des fraglichen Decenniums?

Anstatt in allgemeinen Phrasen sich zu ergeben, hätte die genannte Broschüre vernünftiger gethan, unter Anführung von Thatsachen und Documenten im Einzelnen anzugeben, was man, sei es von Seite Frankreichs, sei es von Seite anderer befreundeter Regierungen verlangt hat. Wir finden in der ganzen Flugschrift gar nichts Bestimmtes und Specificirtes, außer den nachfolgenden Worten: „Die Haltung der päpstlichen Regierung selbst, ihre hartnäckige Weigerung, Reformen durchzuführen und ihre eingestandenen Sympathien für Oesterreich trugen dazu bei, die Befürchtungen des italienischen Patriotismus zu vermehren.“ (La conduite même du Gouvernement Pontifical, son refus persistant d'accomplir des réformes et ses sympathies avouées pour l'Autriche contribuaient à accroître les alarmes du patriotisme italien.)

Hiemit beabsichtigt man also zwei Beschuldigungen festzustellen, nämlich: die Zurückweisung von Reformen und die Sympathien für Oesterreich. Doch was die erstere Beschuldigung anbelangt, so haben wir deren Unhaltbarkeit durch die Autorität des Vertreters Frankreichs selbst bereits nachgewiesen. Bezüglich der zweiten Beschuldigung möge man ein einziges Faktum anführen, worin sich Sr. Heiligkeit gegen die kaiserliche österreichische Regierung gefälliger gezeigt habe, als gegen irgend eine andere katholische Regierung und besonders gegen die kaiserliche Regierung Frankreichs. Ja, könnte man hier nicht mit mehr Grund eine Gegenbeschuldigung vorbringen?

Nun erübrigt noch von der dritten Epoche zu reden, d. h. von jener, in der die letzten Umwälzungen in Italien stattgefunden haben. Bei diesem Zeitabschnitt werde ich etwas länger verweilen müssen, da die Anlage der Broschüre sich ganz besonders hierauf zu beziehen scheint. — Der Autor stellt Seite 21 die

Haltung dar, welche der Kaiser in dieser Krisis befolgen mußte, indem er sagt: „Italien in seiner Unabhängigkeit achten, das Papstthum in seiner weltlichen Macht schützen, dies war der doppelte Zweck, welchen die kaiserliche Politik sich vorsetzen mußte.“ (L'Italie respectée dans son indépendance, la papauté protégée dans sa puissance temporelle, tel était donc le double but que devait se proposer la politique impériale.) Dieser kaiserlichen Stellung gegenüber, welche mußte die Haltung des heiligen Vaters sein? Gewiß nicht jene, gegen irgend einen Angriffskrieg zu führen; denn Er ist der gemeinsame Vater aller und der Repräsentant des Gottes des Friedens auf Erden. Nicht jene, bei der Vertreibung legitimer Fürsten mitzuwirken, denn Er ist der Verbreiter und Vertheiliger der ewigen Normen der Gerechtigkeit unter den Menschen. Nicht jene freiwillig abzutreten, oder die eigenen Staaten ungestraft sich entreißen zu lassen, denn Er ist nur deren Verwalter im Namen der Kirche und durch feierliche und unwiderrufliche Eidschwüre verpflichtet, sie ungeschmälert zu erhalten. Welche Haltung also, frage ich nochmals, mußte Seine Heiligkeit annehmen, um sich der italienischen Unabhängigkeit geneigt zu zeigen, ohne den geheiligten Pflichten des Kirchenvorstehers untreu zu werden? Doch sicherlich keine andere als diese: jede Ihr vorgeschlagene Combination anzunehmen und ihrerseits zu deren Verwirklichung mitzuwirken, welche ohne der Rechte dritter und die unabwieslichen Forderungen der Kirche zu beeinträchtigen, die nationale Unabhängigkeit gesichert hätte. Wohl! man beweise es, wenn man kann, daß sich der heilige Vater bei der Einwilligung hiezu, ich sage nicht hartnäckig, sondern selbst nur widerstrebend gezeigt habe.

Man gestehe vielmehr ehrlich ein, und sage uns, welche war denn je die Combination, die innerhalb solcher Grenzen gehalten Se. Heiligkeit vorgeschlagen wurde? Nur eine einzige der Art kennt man, nämlich die Confederation der italienischen Fürsten, an deren Spitze der Papst als Ehrenpräsident stünde. Nun gut! Wurde dieser Vorschlag vom heiligen Vater je zurückgewiesen? Wurde er nicht vielmehr förmlich angenommen? Der Autor beklagt sich, daß damals, als er diesen Vorschlag machte, derselbe in Rom und Paris mit Spötereien aufgenommen worden sei. Von den Spötereien in Paris weiß ich nichts zu sagen; was jedoch die Spötereien in Rom betrifft, so kamen selbige, falls sie wirklich statt hatten, gewiß nicht von Seite der Regierung. Letztere beachtete einen Vorschlag nicht, der von einem Privatmanne ausging, welcher sich gewiß nicht anmaßte, für eine Großmacht gehalten zu werden. Wahr ist, daß er uns wissen läßt, er schreibe deshalb, weil ihm die Ehre zu Theil geworden, ein Programm zu erläutern; doch diese Enthüllung macht er uns jetzt erst, und überdies war die Beschaffenheit jener Schrift weit davon entfernt, es schon damals vermuthen zu lassen.

Der officielle Vorschlag einer Confederation und des Vorsizes darin wurde erst in Folge der Präliminarien von Villafranca und des Vertrags von Zürich gemacht; und wie schon oben nachgewiesen wurde, zeigte sich der heilige Vater geneigt, denselben anzunehmen, sobald nur, wie dies natürlich, die Grundlagen hierfür festgestellt wären. Doch der Broschürenschreiber fügt hinzu, es sei damals nicht mehr an der Zeit gewesen, „mais trop tard“ ohne zu bemerken, daß er hiemit seinem eigenen Fürsten eine grobe Beleidigung zufügt, gleichsam als hätte letzterer zum Gegenstand eines feierlichen Vertrags und als Mittel einer Versöhnung ein Ding vorgeschlagen, das nicht mehr möglich noch passend gewesen. Wie dem auch sein mag, der Vorschlag wurde damals erst gemacht, und zwar von demjenigen, der dazu beauftragt war; und es ist eine Ungerechtigkeit, von Sr. Heiligkeit verlangen zu wollen, daß er aus eigenem Antrieb denselben hätte zuvorkommen sollen. Da nun dieser Vorschlag nicht durch Weigerung von Seite des heiligen Vaters vereitelt wurde, wie, frage ich, kann man ohne schändliche Verleumdung deswegen seine Hartnäckigkeit anklagen?

Rechnet man also diesen einzigen Vorschlag ab, der einerseits der Haltung des Kaisers der Franzosen entsprach, nämlich die italienische Unabhängigkeit in der Art zu achten, daß er zugleich die weltliche Macht des Papstes beschütze, und andererseits der Haltung des Oberhauptes der Kirche geziemte, nämlich innerhalb den Grenzen der Gerechtigkeit bei der italienischen Unabhängigkeit mitzuwirken, ohne jedoch die eigene weltliche Autorität preiszugeben, — welcher anderer Vorschlag, der dieselben Bedingungen innegehalten hätte, ist denn je gemacht worden?

Indem hier die Flugschrift die später gemachten Anträge aufzählt, betritt dieselbe ein trauriges Dornenfeld, auf das ich ihr, wie unangenehm es mir auch ist, folgen muß.

Zuerst erwähnt sie den vom Kaiser an den heiligen Vater gerichteten Brief, worin letzterer angegangen wurde, den Besitz der Romagna unter dem Titel eines Vikariats an Piemont abzutreten und die von ganz Europa seit dreißig Jahren geforderten Concessionen von Reformen nicht länger mehr zu verweigern. Von zwei Dingen ist hier die Rede, nämlich von Reformen und von der Abtretung der Romagna. Was den ersten Punkt betrifft, muß die Hinweisung auf Reformen, welche Europa seit 30 Jahren verlangt, wirklich Verwunderung erregen, indem doch zehn Jahre früher diese Reformen im Einverständnis mit Frankreich und den übrigen katholischen Mächten in Gaeta festgesetzt, und sowie oben angegeben wurde, in dem nachfolgenden Decennium in Ausführung gebracht worden waren.

Nichtsdestoweniger ließ der heilige Vater, da er merkte, daß man mit jenen Präsen den Wunsch nach neuen Concessionen zu verstehen geben wollte, und obgleich er andererseits mußte, daß die revolutionäre Partei erklärt hatte, Reformen seien vergeblich, sich

dennoch zu neuen Unterhandlungen herbei, um ja keinen Anlaß zu dem Vorwurf der Hartnäckigkeit zu geben, den ihm die genannte Broschüre jetzt so geradzu ins Antlitz schleubert; und zur Zufriedenheit des Repräsentanten Frankreichs und der kaiserlichen Regierung selbst wurde bestimmt, welcher Art diese Reformen sein sollten.

Indem Er jedoch sowohl auf die eigene Würde, deren sich kein Souverän und keine Regierung begeben kann, sowie auch auf das Wohl der Bevölkerung Rücksicht nahm, bezieht sich derselbe vor, die Reformen erst dann zu promulgiren, wenn die in Aufruhr befindlichen Provinzen in den Zustand der Ordnung zurückgeführt wären. Hier kann also von Hartnäckigkeit nicht die Rede sein, sondern nur von Zugeständnissen, gemäßigt durch weisen Vorbehalt.

Noch erübrigt vom zweiten Punkte zu sprechen, nemlich vom Vicariat der Romagna. Diesen Antrag lehnte der heil. Vater aufs entschiedenste ab; und wir wollen sehen, ob er Grund dazu hatte. Ich weiß wahrhaftig nicht, wie der Verfasser der Broschüre anstellen mag, um die Aufgabe, welche er dem Kaiser zuweist, d. h. die weltliche Macht des Papstes zu schützen, mit der angerathenen Abtretung der Romagna in Einklang zu bringen. In der That, das ist ein sonderbarer Schutz, der eine wenigstens nur verhältnißmäßig theilweise Verrücktheit seines Schütlings zuläßt und darüber allein schmerzhaft berührt ist, daß letzterer durch eigene Nachgiebigkeit den Raub nicht begünstigt.

Die Broschüre behauptet, daß nichts anders zu thun übrig blieb, da die Wiedererlangung der Romagna unmöglich geworden war. Denn wer hätte sie ausführen sollen? Das besiegte Oesterreich wagte es nicht, das siegreiche Frankreich durfte es nicht, um nicht gegen seine Principien zu verstoßen; der Papst konnte es nicht, weil er keine Soldaten hatte. Gerne will ich hier davon absehen, den Umständen nachzuforschen, die Oesterreich verhinderten, diese Zurückstellung der Romagna auszuführen, und will nur dies eine bemerken, daß es nicht begreiflich ist, warum Frankreich es nicht durfte, nachdem es doch den Schutz der weltlichen Herrschaft des heil. Stuhles übernommen hatte, wie dies die Broschüre selbst zugibt. Wenn sich dieser Schutz übrigens mit der Anwesenheit seiner Truppen in Rom vertritt, so sieht man nicht ein, warum dasselbe nicht auch für Bologna hätte gelten können.

Ich füge ferner hinzu, daß der Papst es konnte, da er genug Streitkräfte besaß, um die Romagna wieder zu gewinnen und daß, wenn er es nicht that, der Autor der Broschüre besser als jeder andere es wissen muß, wie und warum er an der Ausführung verhindert wurde.

Doch zugegeben auch, daß die Ertheilung jenes Rathes bezüglich des Vikariats sich mit der Rolle eines Protectorats vereinigen ließe, wer in aller Welt sollte nicht einsehen, daß die Annahme desselben sich mit dem Gewissen des heiligen Vaters nicht vertrug?

Ich habe in der wiederholt citirten Depesche vom 29. Februar 1860 die Rechtfertigungsgründe jener Weigerung schon angegeben, doch ist es angezeigt, dieselben hier kurz zu wiederholen.

Diese Annahme vertritt sich nicht mit dem Gewissen des Papstes, da die Gründe, welche für eine solche Abtretung vorgebracht wurden, als ihrer Natur nach auch auf die übrigen Theile des Kirchenstaates sich erstreckend, principiell auch den Verzicht in sich schlossen; sie vertritt sich nicht mit dem Gewissen des heil. Vaters, da derselbe der Kirche gegenüber durch feierliche Eide verpflichtet ist, den Staat, der der Kirche gehört und bei dessen unversehrtem Bestande die ganze katholische Welt interessiert ist, wie dies die allgemein bekannten Kundgebungen der ganzen katholischen Christenheit beweisen, ungeschmälert seinen Nachfolgern zu überliefern; sie vertritt sich nicht mit dem Gewissen des Papstes, da diese Abtretung so viel hieß, als den dritten Theil seiner Unterthanen der Tyrannei einer unsittlichen und irreligiösen Partei preisgeben, die in Bezug auf Sitten und Gottesfurcht eine wahre Verheerung angerichtet hätte, wie sich dies in der Folge durch Thatsachen unwiderleglich bewiesen hat.

Selbst ein weltlicher Fürst hätte unter solchen Umständen nicht mit gutem Gewissen eine derartige Concession machen können, wie konnte man da verlangen, daß der oberste Lehrmeister der katholischen Moral dies thun sollte.

Wer kennt übrigens aus Thatsachen, welche die Geschichte an die Hand gibt, das Schicksal nicht, welches der h. Stuhl mit derlei Vikariaten hatte.

Und hat etwa Piemont nicht selbst in der jüngsten Zeit ein neues Beispiel hievon gegeben?

Ueber den Werth eines solchen Auskunftsmittele, also sich einer Täuschung hingeben, wäre ein unverzeihlicher Irrthum. Dasselbe ist eine geistreiche Erfindung, um mit einem klingenden Namen die Wirklichkeit einer eigentlichen Abdankung zu bemänteln.

Wohl mit Recht wurde auch vom heiligen Vater die Garantie zurückgewiesen, die ihm bezüglich des Rechtes seiner Staaten für den Fall angeboten wurde, daß er den Vorschlag jenes Vikariats annehmen würde; denn abgesehen von allen übrigen Unzulänglichkeiten, würde eine solche Annahme nur der Preis gewesen sein, für eine unzulässige, wenn gleich maskirte Abdankung, während man andererseits nicht begreifen konnte, wie Europa, das bereit war, zwei Dritttheile der sogenannten Staaten zu garantiren, nicht hätte im Stande sein sollen, dieselben in ihrer Integrität zu garantiren.

Nimmt man also das Anerbieten vom Vicariate hinweg, was anders bleibt denn noch übrig, um die Hartnäckigkeit des heil. Vaters zu beweisen?

Nichts als der Vorschlag zur Bildung eines Armee-corps, zusammengefaßt aus Contingenten der katholischen Mächte, um die Ordnung im Kirchenstaate

aufrecht zu erhalten; dann einer von denselben Mächten zu beschaffenden Geldunterstützung, sowie die Förderung einer baldigen Veröffentlichung von Reformen, über die man übereingekommen war.

Was nun eine derartige Veröffentlichung betrifft, so wurden die Gründe, welche sich derselben entgegenstellten, von uns bereits angedeutet, und es ist daher unnötig, sie hier nochmals zu erwähnen. Was aber das Armee-corps anbelangt, so wurde dasselbe nicht zurückgewiesen, sondern es wurde nur erwidert, daß Sr. Heiligkeit mit größerem Danke, nicht sowohl das Recht, wie es die Eingangs erwähnte Schrift behauptet, als vielmehr die dargebotene Gelegenheit angenommen hätte, in den verchiedenen katholischen Ländern auf seine Rechnung Freiwillige zu werben, welche ihm bei der Vertheidigung der Kirche hätten dienen wollen.

Jedermann wird wohl leicht einsehen, um wie vieles letzteres passender gewesen. Denn erstlich hätte man dadurch viele Reibungen, welche zwischen den von verschiedenen Mächten abhängigen Waffenkörpern statthaben können, vermieden, dann wäre das Verfahren mehr in Uebereinstimmung mit der Unabhängigkeit der päpstlichen Souveränität gewesen und endlich vermied man hiedurch im Falle eines Krieges zwischen den Mächten, die jene Contingente gestellt hätten, jegliche Verwicklung in den gegenseitigen Beziehungen. Was endlich die Annahme von Subsidien betrifft, so muß bemerkt werden, daß sie, um von den übrigen nicht wenigen Unzulänglichkeiten, welche dieselben zum Nachtheil der Unabhängigkeit und der Würde des Papstes mit sich geführt hätten, zu schweigen, den Schein eines Entgeltes für die erlittene Verrücktheit gehabt hätten. Und dies ist es gerade, warum der heilige Vater nach dem Beispiel seiner erlauchteren Vorgänger die freiwilligen Gaben der Gläubigen, die Christum in der Person seines Stellvertreters unterstützen wollten, vorzog.

Das Schicksal des Armen ist für den heiligen Vater, in der Lage, in welche ihn Treulosigkeit und Undankbarkeit versetzt haben, viel würdevoller, als das Geld der Mächtigen der Erde. (Schluß folgt.)

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 22. März. Der Herr Großherzog von Toscana ist vorgestern nach Dresden abgereist. Derselbe wurde von dem Herzog von Modena, dem Generaladjutanten Sr. Maj. des Kaisers Grafen v. Grenville und dem Bevollmächtigten Marquis de Provençal bis zum Bahnhof begleitet.

Der Herr Erzherzog Leopold wird heute von Verona wieder hier eintreffen.

Der Herr Bischof Anton Weber ist von Preßburg und der serbische Staatsminister Johann Marinkovic nach Belgrad hier angekommen.

Die Conferenzen in Betreff Ungarns, welche dieser Tage hier stattfanden, sind nun beendet.

Unter jenen Adelsgeschlechtern, welchen Se. Majestät der Kaiser die Reichsrathswürde als erbliche Mitglieder des Herrenhauses verliehen wird, nennt man, der Autogr. Corr. zufolge, den Fürsten Auersperg, den Fürsten Batthyany-Strattmann, Fürsten Clary, Fürsten Esterhazy, den Grafen Harrach, den Fürsten Khevenhüller, Fürsten Lobkowitz, Fürsten Metternich, Fürsten Salm, Fürsten Schönburg, Fürsten Schwarzenberg, Fürsten Windischgrätz, Fürsten Kinsky, Fürsten Liechtenstein, Fürsten Kubeck, Fürsten Paar, Fürsten Palfy, Grafen Kuffstein u. A. m. Die Zahl der in das Herrenhaus berufenen großjährigen Prinzen des kaiserlichen Hauses beläuft sich auf 20, die der Fürstbischöfe und Bischöfe mit fürstlichem Range auf 18. Unter den Männern, welche auf Lebensdauer in das Herrenhaus berufen werden sollen, nennt man den Herrn Regierungsrath v. Arnech.

Das Befinden der Frau Tochter des Herrn Minister Ritter v. Schmerling hat sich derart gebessert, daß selbe bereits das Bett verlassen konnte.

Der k. k. Artillerie-Oberst Hr. Ignaz Rusterholzer ist gestorben.

Die Ergänzungswahlen für den neuen Gemeinderath werden erst nach Ostern stattfinden.

Die Commission zur Beratung der Balutafrage hat ihre Sitzung geschlossen und werden nun auf Grund dieser und der Handelskammer-Gutachten die für den Reichsrath bestimmten Vorlagen durch den Herrn Finanzminister selbst verfaßt.

Bei der vorgestern in den städtischen Wahlbezirken stattgefundenen Wahl der Abgeordneten zum niederösterreichischen Landtage wurde Se. Excellenz der Herr Staatsminister Anton Ritter von Schmerling im Klosterneuburger Wahlbezirk, bestehend aus den Städtchen Zülln und Klosterneuburg und dem Markte Ragnitz, einstimmig gewählt. Auch im städtischen Wahlbezirk Korneuburg fiel die Wahl auf Se. Excellenz den Herrn Staatsminister. Von beiden Wahlorten begaben sich unmittelbar nach der Wahl Deputationen zu Sr. Excellenz dem Herrn Staatsminister, welcher denselben seine hohe Befriedigung über diese ihm sehr erfreulichen Kundgebungen des Vertrauens ausdrückte, indem er sich die Entscheidung bezüglich der Annahme der Wahl vorbehielt. Einer telegraphischen Meldung aus Reichenberg zufolge wurde Se. Excellenz der Herr Staatsminister für die Stadt Reichenberg als Abgeordneter zum böhmischen Landtage gewählt.

Zum niederösterreichischen Landtage wurden in den städtischen Bezirken gewählt: in Baden: Dr. Heinrich von Perger; in Krems: Dr. Ferdinand Dienst jun., Bürgermeister daselbst; in Mistelbach: Jakob Rebecki, Bezirksvorsteher in Mistelbach; in Neunkirchen: Dr. Victor Trotter, Hof- und Gerichts-Advocat in Wien; in St. Pölten: Ludwig Steiner, Bürgermeister daselbst; in Wiener-Neustadt: Dr. Niehl, Advocat in Wiener-Neustadt; in Amstetten: Ferdinand Bachmaier, Brauereibesitzer und Wirtschaftsbefitzer in Haag.

Zum oberösterreichischen Landtage wurden gewählt:

in den Landbezirken Kirchdorf: August Ebelbacher, Landesgerichtsrath in Linz; Ried: Franz Seyrl, Gutsbesitzer, und Franz Enginger, Brauereibesitzer.

Zum Salzburger Landtage wurde im Landbezirk Tamsweg Georg Schlitter, Mühlbesitzer zu Wiltling, gewählt.

Zum steiermärkischen Landtage wurden in den Landbezirken gewählt: Umgebung Graz: Arnold Planckstener, Gutsbesitzer; Leibnitz: Moriz Ritter v. Frank, Realitätenbesitzer; Johann Driner, Grundbesitzer in Pöls; Gitsi: Dr. Mörtl, Hof- und Gerichts-Advocat; Joseph Wolf, Realitätenbesitzer zu St. Peter. Proben; Ignaz Fürst, Gewerke in Ebenthal; Alesing: Proben; Franz Haberbacher, Gemeindevorstand zu St. Stephan; Judenburg: Joseph Hutter, Privat in Knittelfeld.

Telegraphischen Mittheilungen zufolge waren von den Wahlen der städtischen Wahlbezirke und der Handelskammern die nachfolgenden bekannt: Prag: Kleinsseite: Se. Excellenz der Herr Statthalter Graf Forgach und Dr. Pinks; Grabschitz: Weibschloß Krejci und Kanzleidirector Pollak; Josephstadt: v. Lämle und Dr. Tedecko; Altstadt: Prof. Dr. Hasner und Dr. Fric; Karolinenthal: Fabrikant Danel; Smichow: Fabrikant Ringhofer. Budweis: Bürgermeister Klamik und Dr. Gschier; Kuttnerberg: Med. Dr. Stetka; Pilsen: Dr. Pantrac; Reichenberg: Se. Excellenz der Herr Staatsminister, Bürgermeister Ehrlich und Fabrikant Liebig; Alth: Spinnereibesitzer Schindler. Schrudim: Dr. Roth; Gablung: Fabrikant J. Pfeifer; Karlsbad: Dr. Stamm; Kolín: Bezirksvorsteher Maschek; Komotau: Dr. Schreier; Königgrätz: Dr. Hauschild; Königshof: Fr. Schandera; Münchengrätz: Advocat Schlecht; Pardubitz: Dr. Zak; Schlan: Bürgermeister Hubatka; Tabor: Med. Dr. Hamnik; Tepliz: Fabrikant Wolfram; Teich: Dr. Rier; Trautau: Med. Dr. Porak; Wilschitz: Bezirksvorsteher Sandner; Plan: Postmeister Rosp; Leitmeritz: Med. Dr. Fleischer. Für die Handelskammern: In Prag: Brodsky, Tempelshy, Andreas Haase, Schary; in Pilsen: v. Stark und Fürtz; in Eger: Se. Excellenz der Herr Finanzminister v. Plener und die Fabrikbesitzer Huscher und Tegner; in Reichenberg: Trentler, Wolfarm, Eichmann, Jordan; in Budweis: Steffens und Hardtmuth.

Zu den Landtagswahlen sind nachzutragen: in Steiermark in den Landbezirken: für Waiz, Gleisdorf und Birkfeld Moriz von Kaisersfeld, für Feldbach, Fürstfeld und Kirchbach F. Fiertag und Lorenz Wilsing, beide Grundbesitzer; in Böhmen im Stadtbezirk Saaz Dr. Hasmann; in den Landgemeinden: Dauba Dr. Schöber, in Ledec Docent Gröger, in Tachau-Kaaden Advokat Walder, in Joachimsthal Bezirksvorsteher Leidel, in Hohenelbe Advokat Tomicek, in Braunau Fabrikant Luida, in Schüttenhofen Dr. Gabriel, in Winterberg Direktor Wanicek.

Zum oberösterreichischen Landtage wurden in den städtischen Wahlbezirken gewählt: für Wels Dr. Franz Groß, Notar und Bürgermeister in Wels; im Gmund den Dr. Raphael Kremer, Notar; in Steyr Bürgermeister Anton Haller; in Böcklabruck Karl Platte, Bergwerksdirektor zu Wölfsberg; in der Landeshauptstadt Linz Reinhold Körner, Kaufmann und Bürgermeister; Advokat Dr. Karl Wieser, Advokat Dr. Moriz Eigner; in Ursfahr Dr. Karl Reindl, Notar.

Zum Salzburger Landtage wurden in den städtischen Wahlbezirken Se. Excellenz Herr Minister Ritter v. Lasser in Soling, und in Neumarkt Landesgerichtsrath Peitler in Wien gewählt.

Zum steiermärkischen Landtage wurden in den Landbezirken gewählt: In Radkersburg Joseph Pairhuber, vormals Bezirksvorsteher; in Feldbach Franz Feiertag, Gastwirth und Postmeister, und Lorenz Wilsing, Grundbesitzer; in Steing Dr. Joseph Hafner, Gutsbesitzer; in Murau Arnold Planckstener, Gutsbesitzer; in Marburg Alois v. Feiler, Gutsbesitzer; Mathias Böcknigg, Realitätenbesitzer; in Lutzenberg Anton Globotschnigg, Bezirksvorsteher; in Pettau Michael Hermann, Bezirksgerichtsarzt; in Rann S. Janeschitz, Realitätenbesitzer; in Windisch-Gratz Mathias Lehniger, Guts- und Eisenwerksbesitzer; in Waiz Moriz Eder v. Kaisersfeld, Gutsbesitzer.

Zum fränkischen Landtage wurden im Landbezirk Laibach Dr. Meiwitz, Landesbierarzt, und Karl Dörfel, Realitätenbesitzer, gewählt. In Görz und Istrien wurden gewählt: im Wahlbezirk Lussin Franz Ferretich, Domherr, und J. Zadro, Arzt; im Wahlbezirk Rovigno Luigi Barzan, Arzt, und D. Padovan, Arzt; in Pissino Egidio Mraf, Dr. der Rechte, und Anton Scampichio, Dr. der Rechte; im Wahlbezirk Sesana Alois Polley, Bezirksvorsteher, und Anton Gerne; im Wahlbezirk Umgebung Görz Andreas Winkler, Bezirksadjunkt, und Anton Siger, Dr. der Rechte.

Zum Landtage für das Herzogthum Bukowina wurden gewählt: im Wahlbezirk Umgebung von Czernowitz Fran Karca, Landmann aus Kuzumare; im Wahlbezirk Sadagora Bezirksvorsteher Zachariafiemwig.

In Epries wurde Aug. Mariassy, auf der Insel Schütt Koloman Zamory, im Huster Bezirk (Maros) Karl Szölösi, im Deformeg'er Bezirk desselben Komitats der g. t. Probst Alexander Seregelyi, im oberen Wahlkreis des Sobler Komitats Ludwig Beniczky, im Szekelider Bezirk (Bihar) Georg Komáromy, im Sz. Grother Bezirk (Zala) Graf Sigm. Batthyányi, in Nagy Banya Lorenz Kovács zum ungarischen Landtag gewählt. Ferner im Mohács Kreis der Baranya Joh. Antal, im Uvabard Bezirk (Komorner Komitat) Kol. Shyczy, in Senta der katholische Dreiskaplan Alex. Dpig. Die Deputirten des Balcer Komitats sind: Paul Melnar für den Alsó-Lendvaer, Paul Simon für den Bakfacs, Samuel Szabo für den Sala-Egerfeger und Franz Lúmegh für den Großkanizsaer Wahlbezirk. Im Murakomhater Wahlkreis der Eisenburger Gespannschaft wurde Graf Geisa Szapary, im Nyéfer Bezirk (Nedenburger Komitat) Graf Béla Széchenyi, im Nagymartoner Bezirk (Neden-

In der Kongregationsſitzung des Agramer Komitats vom 18. d. M. wurde der Beſchluß gefaßt, eine Repräsentation mit der Vorſtellung, daß die Militär-grenze am nächſten Landtage vertreten werde, an das k. Hofkammerſerium zu richten und Se. Excellenz den Ban um die Unterſtützung deſſelben zu bitten. — In derſelben Sitzung wurde beſchloſſen, die vom Ban erlaſſene Proclamation, worin zur Steuerzahlung ermahnt wird, ad acta zu legen.

Im preussischen Herrenhause zog der Justizminister den Gesetzesentwurf zurück und bedauerte Namens des Staatsministeriums, daß ein so dringlicher Gegenstand in diesem Jahre nicht zum Abschluß gelangt. Der Finanzminister erklärte, daß die Bedenken gegen den Arnim'schen Antrag nach sorgfältiger Erwägung begründet seien, und daß das Ministerium zu der Erklärung berechtigt sei, nicht in der Lage zu sein, dem Antrage zu entsprechen.

Beimerkenswerth ist, daß von den katholischen Mit-
gliedern der zweiten württembergischen Kammer zwei
mit der Majorität, von den protestantischen dagegen
3 oder 4 auf Seiten der Regierung für das Concordat
stimmten.

Dem „Bub“ zufolge hat die französische Regierung beim Bundesrath gegen die Verhaftung eines von Freiburg aus wegen betrügerischen Bankerotts verfolgten Franzosen, Namens Pernet, zu Gressonière im Dappenthal, reklamiert. Die französische Regierung findet diese Ausübung der öffentlichen Gewalt auf einem besetzten Territorium vor erfolgter Lösung unstatthaft. Der Bundesrath beschloß, diese Reclamation der Regierung von Waadt mitzutheilen. Der französische Minister des Handels und der öffentlichen Arbeiten ersucht den Bundesrath zu Gunsten eines großen statistischen Werkes, an dem in Frankreich gearbeitet wird, um Mittheilung über den Stand der schweizerischen Eisenbahnen, namentlich über die Länge der koncessionirten, so wie der noch im Bau befindlichen und der bereits dem Betrieb übergebenen Linien. Der Bundesrath hat beschlossen, dem Gesuche zu entsprechen. Es haben sich nun 21 Kantone über die Anregung zur Abschaffung der Pässe ausgesprochen. In diesen Antworten soll jedoch eine ziemliche Bunttheiligkeit walten: die einen stimmen zu, die anderen wollen die Pässe beibehalten, eine dritte Kategorie wahrt die Kantonalsoverainetät, Waadt verlangt nähere Aufschlüsse, und Schwyz verweigert eine Erklärung.

Paris, 1. März. Heute hielt die syrische Konferenz ihre letzte Sitzung, in welcher die Convention über die Verlängerung der Occupation unterzeichnet wurde. Dieselbe sprach sich noch nicht über die neue Organisation dieser türkischen Provinz aus. In der Konferenz scheint übrigens nicht einmal das türkische Organisations-Projekt zur Sprache gekommen zu sein, denn nach Berichten aus Konstantinopel vom 11. hat die Pforte erst jetzt dem französischen Gesandten ihren neuen Plan vorgelegt. Nach demselben wird dieselbe

Das bereits erwähnte Gerücht von einer bevorstehenden Auflösung des gesetzgebenden Körpers erhält sich. Die „Indépendance belge“, der wir diese Mittheilung entnehmen, fügt hinzu, daß für den Fall der Auflösung die Regierung entschlossen sei, ihre Unterstützung nicht mehr solchen Candidaten zutommen zu lassen, die durch ihren Einfluß gewählt worden sind und sich sodann gegen sie gewendet haben.

Nach einer Mittheilung des „Moniteur“ hat die Volksversammlung in Lissabon, gegen welche das Ministerium und die Opposition sich vereinigt haben, ein Programm aufgestellt, in welchem die Reform des Senats, Reorganisation der Armee, freie Getreideeinfuhr, Lehr- und Pressefreiheit und ein progressivstes Volksthümliches Cabinet verlangt wird.

Man liest im „Pays“ Folgendes über die Ereignisse in Cochinchina: „Zwei- bis dreihundert Franzosen haben die cochinchinesische Armee angegriffen; nach zweistündigem Kampfe zogen sich die Cochinchinesen mit einem Verluste von 600 Mann zurück und ließen zwei Forts in unseren Händen. Auf französischer Seite befanden sich nur 6 Verwundete, und nicht 6 Tödt, wie eine trister Depesche meldete.“

London, 19. März. In der Sitzung des Unterhauses beantragte Dunlop die Niederlegung eines Sonder-Ausschusses Betreffs der Glaubbücher über den alten Afghanen-Krieg und sprach heftig gegen Palmerston. Dieser vertheidigte die damals von der Regierung befolgte Politik. Nachdem Bright, Walpole und Horsman für, Sykes, Disraeli und Lord J. Russell gegen Dunlop's Antrag gesprochen, ward derselbe mit 159 gegen 49 Stimmen verworfen. — Das Reutersche Bureau bringt Nachrichten aus Washington vom 8. d. M. Die Behörden des süblichen Bundes hatten einen gewissen Herrn Beauregard nach Charleston abgesandt, um daselbst den militärischen Befehl zu übernehmen. Der erwähnte Officier war auf seinem Posten angekommen und hatte erklärt, er hoffe, das Fort Sumter zu nehmen. Präsident Lincoln hatte Herrn Judd zum Gefandten in Berlin ernannt. — Laut einer Depesche der Times aus Neapel v. 14. waren sämtliche Räte der Statthaltertschaft entlassen und der Statthalterchaftsrath aufgelöst worden. Es werden Directoren ernannt, die unmittelbar von Ausrin abhängen, darunter ein piemontesischer Finanz-Director. Der Commandant von Civitella del Tronto überweigt noch immer die Uebergabe. In Neapel war Alles ruhig.

Die Herzogin von Kent, Mutter der Königin Victoria, die am 16. im 75. Jahre ihres Lebens sanft verschieden ist, war eine Schwester des jetzigen Königs der Belgier und des verstorbenen Herzogs Ernst von Koburg-Gotha, des Vaters des jetzt regierenden Herzogs und des Prinzen Albert. In ihrem 17. Jahre vermählte sie sich mit dem damals regierenden Prinzen von Meiningen, dem sie einen Sohn und eine Tochter gebar. Der erstere ist seiner Mutter im Tod vorausgeeil. Nach einjähriger Ehe (1814) wurde sie Wittwe. Ein krebstartiges Leiden hatte ihr in den letzten Jahren viel körperlichen Schmerz verursacht. Die Herzogin war im Lande mit Recht sehr beliebt, die Trauer ist allgemein.

Der Kossuthnoten-Prozeß soll übermorgen (21.) wieder vor dem Vice-Kanzlei-Gerichtshofe zur Verhandlung kommen. Fällt das Urtheil zu Gunsten des Klägers aus, dann wollen die Angeklagten den Weg der Appellation betreten. General Klapka, der von Paris herüberkam, ist nach kurzem Aufenthalt wieder abgereist.

Die Zeitungen melden den am Freitag erfolgten Tod des im Jahre 1801 gebornen Lord Eilford. Der Titel geht auf seinen ältesten Sohn, Thomas Eytleton Pophy, über. Noch ein anderer Todesfall ist zu berichten, der S. H. Mandeville's, früheren englischen Gesandten bei der argentinischen Republik. Auch in Wien, Frankfurt, Konstantinopel, Lissabon und Paris war der Versorbene im diplomatischen Dienste thätig. Geboren war er im Jahre 1773.

Aus Malta wird vom 11. d. geschrieben: Während der letzten Tage hatte sich ein ansehnliches Geschwader britischer Kriegsschiffe hier zusammengefunden: 7 Linienfahrer, 2 Fregatten, 2 Kanonenboote, 2 Inspectionsfahrer, nebst dem Stationsfahrer Hibernia und dem Remorqueur Hearty. Seitdem ist der Mars (80) nach Messina abgegangen. Der Cäsar soll in zwei Tagen nach Korfu abfahren, und Rear-Admiral Dacres an der Spitze eines Geschwaders nach dem Adriatischen Meere gehen, um daselbst zu kreuzen. In Korfu lagen, den neuesten Berichten zufolge, der London (90), Orion (91), Agamemnon (91), und Queen (86). Letztere soll nach Fiume beordert worden seyn. Die Fregatte Terrible wird zur Aufnahme Lord Elgin's nach Alexandrien geschickt. Der Lord will von dort über Triest die Heimfahrt antreten.

Das Königreich Italien besteht nach augenblicklicher Schätzung aus folgenden Bestandtheilen; 1) Alt Sardinische Festlands-Provinzen, 3,813,637 (Einwohn.); 2) Lombardie, 2,771,647 Einw.; 3) Neapolitanische Festlands-Provinzen, 6,843,355 Einwohner; 4) Sicilien, 2,231,020 Einw.; 5) Toscana, 1,779,338 Einw.; 6) Modena, 609,139 Einw.; 8) Sardinien, 573,115 Einw.; 9) Römische Adriatische Provinzen, 1,937,184 Einw.; 10) Provinz Venevent, 23,176 Einw.; im Ganzen 21,091,695 Einwohner.

Seit einiger Zeit circuliren in Mailand, der „Er.
Stg.“ zufolge, viele der sogenannten ungarischen Ko-
stumsnoten. Dieselben werden mit einem Aufzug von
50 Procent leicht an den Mann gebracht, und es gibt
dort Wechselstuben, in welchen dieses Papier zu ähn-
lichen Preisen gekauft und verkauft wird. Auch die
ungarische Emigration gibt sich häufig dort ihre Ren-
dezvous.

Die belgischen Pässe werden in Italien künftighin keines Visas der diplomatischen Agenten des Königs bedürfen. Liborio Romano ist in Turin und wird die neapolitanische Regierung vertheidigen.

zu einer Besprechung mit Herrn v. Thouvenel und
einem Besuche bei dem Fürsten Metternich.

Der R. 2 wird aus Petersburg v. 13. d. geschrieben: Da das Manifest über die Freilassung der Leibeigenen bestimmt am nächsten Sonntag von den Kanzeln verlesen werden wird, so ist bereits eine Ausführungscommission ernannt worden, die aus den Mitgliedern des Hauptcomité's zusammengesetzt ist. Der Umstand, daß der als reactionär verschrieene Fürst Gagarin davon ausgeschlossen wurde, kann als ein neuer Beweis dienen, wie wenig man gesonnen ist, die liberale Bahn bei Verwirklichung des ganzen Projectes irgendwie zu verlassen. Für morgen sind die 42 General-Flügeladjutanten, welche in den Gubernements als Regierungsbevollmächtigte bei der Ausführung des Befehls fungiren sollen, in's Winterpalais befohlen worden, um dort vom Kaiser selbst die ausführlichen und mündlichen Instruktionen persönlich in Empfang zu nehmen.

Zwölf Druckereien sind damit beschäftigt, das 45 Druckbogen starke Reglement über die Freilassung der Bauern zu beschaffen. Die Grundstücke sind folgende: Für jedes Gouvernement ist ein bestimmtes Areal festgesetzt, welches der Grundherr verpflichtet ist, dem Bauer abzutreten. Dieser leistet ihm dafür gewisse Dienste und zahlt ihm Brod, der aber jährlich 12 R. S. nicht übersteigen darf. In vielen Gegenden wird er noch weit geringer sein. Zur Regulirung im Einzelnen erwählen die Bauern einer Gemeinde aus ihrer Mitte eine Versammlung von Deputirten; außerdem aber noch einen sogenannten Vermittler (posrednik). Der Letztere fungirt namentlich dann, wenn der Bauer — wozu er berechtigt worden — mehr Land fordert, als ihm durch das Reglement für betreffende Gegend zuerkannt ist. Können sich in einem solche Fälle Besitzer und Bauer nicht einigen, so tritt zunächst der Vermittler und dann die erwähnte Versammlung als letzte entscheidende Autorität ein. Diese hat überhaupt eine Art Controle und Bestätigungsrecht über die Thätigkeit aller bei der Regulirung betheiligten Behörden, von denen sogar einzelne nur durch sie ernannt werden.

Paris, 21. März. Schlusssumme: 3per. 68.25. — 4½ per. 95.90. — Staatsbank 433. — Cred. Mob. 663. — Lomb. 475. — Deffere. Credit-Moi. fehlt. — Consols mit 92¼ gemeldet. — Genf.
London, 21. März. Consols (Schluss) 92½. — Wien fehlt.
 Der Bankdiskont wurde auf 7 Percent herabgesetzt.
Wien, 22. März. National-Anleihen zu 5% 77.10 Geld.
 77.20 Baare. — Neues National 84.25 G., 84.50 B. — Galizische Grundentlastungs-Obligationen zu 5% 62.25 G. 63. — B. — Aktien der Nationalbank (pr. Stück) 718. — G. 720. — B. — der Kredit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. österr. Währ. 164.10 G. 164.20 B. — der Kaiser Ferdin. Nordbahn zu 1000 fl. ÖM. 2088. — G. 2090. — B. — der Galiz. Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl. ÖM. m. 140 (70%) Einz. 156.75 G. 157. — B. — Wechsel auf (3 Monate): Frankfurt a. M., für 100 Gulden südd. B. 125. — G. 125.25 B. — London, für 100 Pfd. Sterling 146.75 G. 147.25 B. — R. Mandutaten 6.95 G. 6.96 B. — Kronen 20.20 G. 20.23 B. — Napoleond'ors 11.78 G. 11.80 B. — Russ. Imperiale 12.04 G. 12.06 B. — Vereinsthaler 2.20 G. 2.20½ B. — Silber 146. — G. 146.25 B.

Yemberg, 20. März. Auf den vorgestrigen Schlachtviehmarkt kamen 47 Stück Ochsen, und zwar: aus Laniang 30 St. und aus Essentien 17 Stück. Sämmtliches Schlachtvieh wurde abverkauft und man zahlte für 1 Dshen, der 315 Pfund Fleisch und 36 Pfd. Unschlitt wiegen mochte, 66 fl. 50 fr.; dagegen kostete 1 Stück, welches man auf 325 Pfd. Fleisch und 40 Pfund Unschlitt schätzte, 75 fl.

Krahan, 22. März. Auf hiesigem Markte stellten sich die Durchschnittspreise folgender Waaren: Für den niederösterreichischen Weizen Weizen 6 fl. 50 fr. — Korn 4 fl. 90 fr. — Gerste 4 fl. — fr. — Hafer 2 fl. — fr. — Futtermehl — fl. — fr. — Kartoffeln 2 fl. 60 fr. — für den Centner Heu 1 fl. — fr. — Stroh 80 fr. österr. Währ.

Kraferan Course am 22. März. Silber-Stud. Agio fl. 101. 111 verl., fl. poln. 109 bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öfter. Währung fl. poln. 320 verlangt, 319 bezahlt. — Preuss. Courant für 150 fl. öfter. Währ. Thaler 68% verlangt, 67% bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. öfter. Währ. fl. 146 verlangt, 144 bez. — Russische Imperials fl. 12.6 verl., 11.86 bezahlt. — Napoleond'ors fl. 11.80 verlangt, 11.60 bezahlt. — Hollwichtige holländische Dufaten fl. 6.90 verl., 6.80 bezahlt. — Hollwichtige öfter. Rand-Dufaten fl. 7. — verl., 6.90 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. fl. p. 99% verl., 98% bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons in öfter. Währung fl. 83% verl., 82% bez. — Galizische Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in Conv.-Münze fl. 87.25 verlangt, 86% bez. — Grundentlastungs- Obligatienen in öfterreichischer Währung. 1. 65 verlangt, 64% — bezahlt. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. öfter. Währ. 76% verl., 75% bezahlt. Aktien der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons und mit der Einzahlung 70% fl. öfter. Währ. 159 verl., 157 bez.

Agram, 21. März. Die heutige „Agramer Bz.“ bringt einen Artikel über die Zustände in Bosnien, worin die Behauptung ausgesprochen wird, daß in Bosnien nicht die Raja es ist, die etwa zu einer Schilderhebung gegen die Türken, gleich ihren Brüdern in der Herzegowina geneigt wäre oder eine solche jetzt beabsichtigen würde, sondern daß es die mohamedanischen Bosniaken, die bosnischen Begs, Aga's und Spahis seien, die einen Aufstand gegen die Regierung der Pforte, gegen die ihnen entfremdeten osmanischen Beamten, kurz gegen das jetzige System befürchten lassen.

Nach ich wünsche die Wiederherstellung eines dauerhaften Einverständnisses zwischen meinen Landen und Deutschland und darf hoffen, daß es meinen unausgesetzten, wiederbethätigten Bestrebungen gelingen werde, dieses glückliche Ziel zu erreichen, so schwierig mir dasselbe durch das Auftreten deutscher Regierungen geworden, unter denen ich mit Schmerz Eu. k. Hoheit in erster Linie gesehen.

Breslau, 22. März. Die heutigen hiesigen Blätter bringen ein geheimes Cirkular Muchanoff's an die polnischen Civildouverneure bezüglich ihrer Wachsamkeit auf dem Lande. Strengste Aufsicht über zweifelhafte Personen, besonders Ausländer, und Ergreifung sehr energischer Mittel wird angeordnet. Den Bauern sei klar zu machen, daß die Regierung um ihr Wohl bemüht ist und hofft, die Bauern werden Aufwiegler, selbst wenn es die eigenen Herren wären, ergreifen und den Behörden überliefern. Letzterer Passus habe die Delegation in Warschau veranlaßt, gegen eine so gefährliche Maßregel Vorstellung zu machen. Der Erfolg sei unbekannt.

Ishoe, 21. März. Bei der Vorberathung des Ausschußberichts warnte der Kommissär die Versammlung vor der Verantwortung der sie entgegengehe. Versmann, Reventlow, Blome sprachen für, Rind gegen den Auschußantrag. Die ganze Versammlung protestirt gegen das angeedeutete Ausscheiden aus dem Bunde.

München, 20. März. Die Kammer der Abgeordneten hat in ihrer heutigen Sitzung den Antrag des Abg. Dr. Paur „die Ansässigmachung und den Gewerbebetrieb der Israeliten betreffend“ nach einiger Debatte mit 123 gegen 4 Stimmen angenommen.

Paris, 20. März. (H. N.) Bourquency ist gestern in den Tuilerien empfangen worden; er wird dem Vernehmen nach in einer Mission nach Rom gehen, Fürst Paszkiewitsch ist durch Paris gereist, um dem Könige und der Königin von Neapel den Andreas-Orden nach Rom zu überbringen, General Klapka ist von London nach Paris abgereist, er wird sich übermorgen nach Genf begeben. Daß Gerücht, daß die französischen Truppen in Rom verstärkt würden, bedarf noch der Bestätigung.

Paris, 21. März. Die Uebergabe Civitellas del Tronto wird officiell gemeldet. Die Bank von Frankreich hat den Disconto auf 5 pCt. herabgesetzt. Officiell wird aus Turin gemeldet, Savour sei mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt.

Mailand, 21. März. Die heutige „Perseveranza“ berichtet aus Neapel v. 19. d. M.: Heute früh fand ein Fest der Arbeiterschaft im Theater San Carlo zur Feier des Namenstages Garibaldi's statt. Professor Zappella hielt eine Rede. Nigra wohnte dem Feste bei. Die Nationalgarde, die Arbeiterschaft und die Bevölkerung durchzogen, die Garibaldi-Hymnen singend, die Stadt. Die Ordnung wurde nicht gestört. Der Syndikus labete die Bevölkerung ein, die Stadt zu beleuchten.

Benedig, 20. März. Der englische Kriegsdampfer „Scourge“ ist gestern nach Ancona abgegangen.

Genua, 19. März. Der „Corriere mercantile“

meldet, die Regierung beabsichtige, die Schulden sämmtlicher annexirter Länder in eine einzige italienische Staatsschuld zu verschmelzen.

Bern, 19. März. (Schl. Z.) In Turin herrscht große Aufregung wegen der möglichen Verlegung der Residenz aus dieser Stadt nach Rom. Eine Deputation der Turiner Municipalität hat sowohl vom König als von dem Grafen Cavour ausweichende Antworten erhalten. Man sagt jetzt in Turin: Das Haus Savoyen zog von Chambery nach Turin; Cavour ist jetzt für Italien verloren gegangen. Zieh jetzt das Haus Savoyen von Turin nach Rom, was wird aus Turin werden?

Turin, 20. März. (H. N.) Dem Vernehmen nach wird das Ministerium heute den Kammern Vorlagen betreffs Modification der Befugnisse der Staatshalterschafts-Räthe in Neapel und Palermo machen. In Folge dieser Magnahmen würden Modificationen im Ministerium eintreten, indem in dasselbe dann einige Vertreter Süd-Italiens eintreten sollen.

Turin, 21. März. Die heutige „Opinione“ berichtet: Die Ministerkrisis wurde durch keine inneren oder äußeren Beweggründe, durch keine Beweggründe im Ministerium selbst oder mit dem Parlamente hervor-

gerufen, nur die ausnahmsweisen Verhältnisse Neapels und Siciliens machten es nothwendig, Minister aus diesen beiden Provinzen selbst in das Ministerium aufzunehmen. Die Krisis hat daher keine Aenderung der Politik zur Folge und dürfte nur eine bloße Modification aber keinen Wechsel des Ministeriums bedingensumfomehr als keine Partei besteht, die im Stande wäre die Zügel der Regierung zu ergreifen und ein anderes politisches Programm geltend zu machen. Man sagt, Ricafoli, Ratazzi und Poerio seien gestern Abends vom Könige berufen worden. Man glaubt, daß außer Casavour auch die bisherigen Minister Minghetti und Fantini im Ministerium verbleiben.

Washington, 9. März. Im Süden werden 50.000 Mann bewaffnet. Der Konvent von Virgini-
en beantragt den Abfall von der Union. Die Ver-
stärkung des Forts Sumter wurde deshalb beschlossen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. M. Boczek.

Verzeichniß der Angeworbenen und Abgereisten
vom 22. März.

Angeworbenen sind die Herren Gutsbesitzer: Franz Graf Wycielski, Johann Jorkan und Kaimir Wielobwirski aus Polen, Stanislaus Graf Jakowski aus Galizien, Joseph Werchels aus Oprel, Adam Wyzanski aus Eszkarath.

Abgereist sind die Herren Gutsbesitzer: Stanislaus Graf Tarnowski nach Galizien, Carl Graf Jakowski nach Wien, Stanislaus Wielobwirski nach Sclawina, Maximilian Jasowski nach Tarnob, Maurizius Eymmanowski nach Sclawina, Leon Mikowski nach Paris, Albert Kucinski und Theophil Bickowski nach Polen.

Am 4. April 1861 werden in der Amtsstanzlei der k. k. Domänen-Verwaltung zu Alt-Sandez während der gewöhnlichen Amtsstunden zwei auf dem Kameralgute zu Rytro gelegene Brett-Sägemühlen sammt dem Schnittmaterial = Schoppen, dem Holz = Ablagerungsplatze, der Brettschneiders-Wohnung und dem dazu gehörigen Gärten auf die dreijährige Dauer vom 1. Mai 1861 bis Ende April 1864 im Wege der öffentlichen Licitation verpachtet werden.

Alt-Sandez, am 9. März 1861.

N. 70. E d y k t. (2620. 2-3) Starozakonny Fiszel Schnabel z Dąbrowy dn. 15. Stycznia 1861 do L. 70 wytoczył pozew przeciw p. Antoniemu Chmielowskiemu c. k. kanceliarz powiatowemu o zaplaceniu sumy 86 złr. 41 1/2 kr. w. a. i do sumarycznej rozprawy tego sporu został termin na dzień 11. Kwietnia 1861 na godzinę 9tą przedpołudniem wyznaczony.

L. 18092. E d y k t. (2572. 3) C. k. Sąd krajowy w Krakowie w skutek podania Wincentego Jadowskiego, Jana Jadowskiego oraz Tekli Jadowskiej w imieniu własnym i nieletnich jej dzieci Józefa, Kazimierza i Aleksandra Jadowskich, spadkobierców Kazimierza Jadowskiego, dóbr Pogorzyce z przyległościami w Krakowskim cyrkułe położonych i w ks. hyp. XI. vol. nov. 1 pag. 660 n. 5 hár. zapisanych, hypotecznego właściciela, wzywa wszystkich, którym prawo hypoteczne co do dóbr wspomnianych przysłuży, aby celem przyznania kapitału indemnizacyjnego, według zawiadomienia c. k. ministerjalnej komisji indemnizacyjnej Krakowskiej z dnia

Treść rzeczonoego zgłoszenia się obejmować winna:

- a) Dokładne podanie imienia, nazwiska, miejsca zamieszkania (Nr. domu) zgłaszającego się lub jego pełnomocnika, który się winien wykazać pełnomocnictwem w formie prawem przepisanej wystawionem i legalizowanem.
- b) Wysokość sumy będąca przedmiotem pretensyi hipotecznej, tak co do kapitału, jakoteż co do odsetków, o ile tym równe prawo zastawu jak kapitałowi przysłuży.
- c) Hypoteczne oznaczenie zgłoszonej pozycji.
- d) W razie jeżeliby zgłaszający się po za obrębem tutejszego c. k. Sądu krajowego miał swoje zamieszkanie, przedstawienie pełnomocnika do odbioru rozporządzeń sądowych upoważnionego; w przeciwnym razie takowe przesyłane będą zgłaszającemu się pocztą z tym skutkiem, jaki mają doręczenia do własnych rąk adresata uskutecznił.

W skutek tego zaspokojenie pretensyi jego przekazaniem zostanie do kapitału indemnizacyjnego podług następstwa hypotecznego, lub w myśl §. 27 ces. patentu z dnia 8. Listopada 1853 zostanie zabezpieczone na gruncie.

W dniu 27. Marca 1861 o godzinie 10tęj przez publiczną licytację wydzierżawione będą 16 morgów gruntu Maryanny Wolnickiej w Batowicach, których wartość dzierżawy na roczne 112 złr. otaksowana została.

Ogłoszenie licytacyi. (2617. 1-3) Towary bławatne i t. p. tutejszego kupca J. Lippman Spiro sprzedawane będą, w drodze licytacyi dnia 3. Kwietnia r. b. w pierwszym, zaś dnia 10. Kwietnia r. b. w drugim terminie, zawsze od godziny 9tęj przedpołudniem, w sklepie tegoż Lippman Spiro pod L. 119 20 Gm. VI. w drugim terminie nawet poniżej wartości szacunkowej.

LOOSE
des Wiener Credit-Mobilier,
deren Ziehung 4 Mal im Jahre und die nächste
am 2. April 1861
stattfindet, wie auch (2596. 3-4)
Promessen
(Prämien - Lieferungsscheine) darauf, sind zu haben im Comptoir des
F. J. Kirchmayer & Sohn in Krakau.

Meteorologische Beobachtungen

Station	Barom.-Höhe auf Meeresspiegel	Temperatur nach Reaumur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Ercheinungen in der Luft	Veränderung des Barom. d. Tage von bis
2	323.63	+ 8.6	53	West stark	Trüb		+2.0
10	22.99	+ 6.6	50				+8.9
16	23.89	+ 7.6	78	schwach	Trüb		

FAHRPLAN
für die Personenzüge auf der
kais. königl. priv. galizischen Carl Ludwig-Bahn
vom 4. November 1860 angefangen bis auf Weiteres.
In der Richtung

von Krakau nach Przemyśl						von Przemyśl nach Krakau					
Station		Postzug Nr. 1		Personenzug Nr. 3		Personenzug Nr. 5		Station		Postzug Nr. 2	
		Ankunft	Abgang	Ankunft	Abgang	Ankunft	Abgang			Ankunft	Abgang
		St. M.	St. M.	St. M.	St. M.	St. M.	St. M.			St. M.	St. M.
Krakau		Abends	8 40	Vorm.	10 30	Früh	5 35	Przemyśl		Abends	8 15
Bierzanów		8 59	9 2	10 44	10 45	5 54	5 57	Zurawica		8 31	8 32
Podleże		9 22	9 26	11 11	11 2	6 17	6 20	Radymno		9 1	9 5
Klaj		9 46	9 46	11 17	11 17	6 40	6 41	Jarosław		9 33	9 43
Bochnia		10 6	10 16	11 32	11 37	7 1	7 9	Przeworsk		10 13	10 23
Slotwina		10 42	10 51	11 57	12 1	7 34	7 41	Łańcut		11 1	11 5
Bogumiłowice		11 29	11 31	12 29	12 30	8 19	8 21	Rzeszów		11 37	11 45
Tarnów		11 46	12 2	12 42	12 50	8 35	8 46	Trzciana		12 13	12 14
Czarna		12 45	12 47	1 22	1 23	9 28	9 30	Sędziszów		12 36	12 44
Dębica		1 10	1 30	1 41	2 1	9 53	10 3	Ropczyce		1 1	1 11
Ropczyce		1 56	1 58	2 21	2 22	10 28	10 30	Dębica		1 25	1 45
Sędziszów		2 14	2 20	2 34	2 38	10 46	10 56	Czarna		2 8	2 10
Trzciana		2 43	2 45	2 55	2 56	11 19	11 21	Tarnów		2 53	3 8
Rzeszów		3 14	3 24	3 18	3 26	11 51	Mittag	Bogumiłowice		3 23	3 25
Łańcut		3 58	4 3	3 50	3 54	—	—	Slotwina		4 3	4 9
Przeworsk		4 44	4 50	4 23	4 27	—	—	Bochnia		4 34	4 40
Jarosław		5 22	5 32	4 53	5 —	—	—	Klaj		5 —	5 —
Radymno		5 59	6 4	5 23	5 25	—	—	Podleże		5 20	5 28
Zurawica		6 32	6 33	5 49	5 49	—	—	Bierzanów		5 48	5 55
Przemyśl		6 48	Früh	6 —	Nachm.	—	—	Krakau		6 15	Früh

Anmerkung.
Der gemischte Zug Nr. 1 steht in Verbindung von Wien, Brünn, Pest, Olmütz, Troppau, Bielitz, Szczakowa, Granica.
Der gemischte Zug Nr. 2 steht in Verbindung nach Wien, Brünn, Pest, Olmütz, Troppau, Bielitz, Szczakowa, Granica.
Der Personenzug Nr. 3 steht in Verbindung von Wien, Brünn, Pest, Olmütz, Troppau, Bielitz, Granica.
Der Personenzug Nr. 4 steht in Verbindung nach Wien, Brünn, Pest, Olmütz, Prag, Troppau, Bielitz, Szczakowa.
Die gemischten Züge Nr. 24 und 25 verkehren nach Erforderniß.
Von der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn.

C. k. Sąd krajowy w Krakowie niniejszym o-
daje iż P. Józefa Melsz z domu Benisch, była
współwłaścicielka Erbpachtu Łobzów i Gramatyka
w moc uchwały c. k. Sądu wyższego krajowego
w Krakowie z dnia 29. Października 1860. r. do
L. 9962 wydanej za marnotrawczynię uznana i
pod kuratelę oddaną została, jako też iż P. adwo-
kat krajowy D. Leonard Kucharski kuratorem dla
niej ustanowionym został.

Kraków dnia 25. Lutego 1861.

Wiener - Börse - Bericht
vom 21. März.
Oeffentliche Schuld.
A. Des Staates.

3a Dett. B. zu 5% für 100 fl.	Geld	Waare
59 25	59 5	
Aus dem National-Anleihen zu 5% für 100 fl.	76 50	76 60
Vom Jahre 1861, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	—	—
Metalliques zu 5% für 100 fl.	64 60	64 80
ditto. 4 1/2 % für 100 fl.	56 —	56 25
mit Verlosung v. 3. 1839 für 100 fl.	109 —	109 50
„ 1854 für 100 fl.	85 —	85 50
„ 1860 für 100 fl.	84 —	84 25
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	15 50	16 —

B. Der Kronländer.

von Nied. Oester. zu 5% für 100 fl.	85 50	86 50
von Böhmen zu 5% für 100 fl.	85 —	85 50
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	85 —	85 50
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	84 50	85 —
von Tirol zu 5% für 100 fl.	97 —	9 —
von Kärnt. Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	88 —	89 —
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	84 75	86 —
von Tem. Ban. Croat. u. Sl. zu 5% für 100 fl.	82 50	84 —
von Galizien zu 5% für 100 fl.	82 —	82 75
von Siebenb. u. Bukowina zu 5% für 100 fl.	81 25	82 —

Actien.

der Nationalbank	719 —	721 —
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W.	163 —	163 10
der Nied. öst. Compt. - Gesellsch. zu 500 a. ö. W.	565 —	567 —
der Kais. Ferd. Nordbahn 1000 fl. ö. W.	2056 —	2057 —
der Staats-Eisenbahn-Gesellsch. zu 200 fl. ö. W.	284 50	285 —
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. ö. W.	185 50	186 —
der Sub-nord. Verbin. - B. zu 200 fl. ö. W.	106 50	107 —
der Kiebs. zu 200 fl. ö. W. mit 140 fl. (70%) Einz.	147 —	147 —
der Südb. Staats-, lomb.-ven. und Centr. ital. Ei- senbahn zu 200 fl. ö. W. oder 500 fr.	190 —	191 —
m. 140 fl. (70%) Einz.	156 —	156 60
der galiz. Carl Ludwig-Bahn zu 200 fl. ö. W.	413 —	414 —
mit 140 fl. (70%) Einzahlung	145 —	175 —
der österr. Donaudampfschiffahrts-Gesellsch. zu 500 fl. ö. W.	388 —	390 —
der österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. ö. W.	380 —	385 —
der Df. n. - Böhmer Kettenbrücke zu 500 fl. ö. W.	102 —	102 50
der Wiener Dampf- u. Schiffschiffahrt zu 500 fl. österr. Währ.	97 —	98 —
der Nationalbank 10 jährig zu 5% für 100 fl.	91 25	91 50
auf ö. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	99 50	100 —
der Nationalbank 12 monatlich zu 5% für 100 fl.	86 75	87 —
auf österr. Währ. verlosbar zu 5% für 100 fl.	87 —	88 —
galiz. Credit-Anstalt ö. W. zu 4% für 100 fl.	114 50	114 60
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. Währung	125 —	125 25
100 jährig zu 5% für 100 fl.	125 25	125 50
auf ö. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	110 7	111 —
der Nationalbank 12 monatlich zu 5% für 100 fl.	147 —	147 65
auf österr. Währ. verlosbar zu 5% für 100 fl.	58 3	58 40

Cours der Geldsorten.

Kaiserliche Münz-Dufaten	6 98	6 97	6 97
„ vollwichtige Dufaten	6 98	6 97	6 96
Krone	—	—	20 25
20 Frankstück	11 80	—	11 79
Russische Imperiale	—	—	12 6
Silber	—	—	146 50

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge
vom 4. November 1860 angefangen bis auf Weiteres.

Abgang:

von Krakau nach Wien und Breslau 7 Uhr Früh, 3 Uhr 35 Min.; — nach Warschau 7 Uhr Früh; — nach Danau und über Oberberg nach Preußen 9 Uhr 45 Min. Früh; — nach Rzeszów 5 Uhr 35 Min. Früh; — nach Przemyśl 10 Uhr 30 Min. Früh, 8 Uhr 40 Min. Abends; — nach Bielitz 7 Uhr 20 Min. Früh.

von Wien nach Krakau 7 Uhr Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von Ofrau nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

von Granica nach Szczakowa 6 Uhr 30 Min. Früh, 2 Uhr 6 Minuten Nachmittags.

von Szczakowa nach Granica 10 Uhr 15 Min. Vormitt., 1 Uhr 48 Min. Nachmitt., 7 Uhr 50 Min. Abends; — nach Trzebinia 7 Uhr 23 Min. Früh, 2 Uhr 33 Minuten Nachmittags.

von Rzeszów nach Krakau 2 Uhr 25 Min. Nachmitt.; — nach Przemyśl 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 15 Minuten Abends.

von Myslowitz nach Krakau 1 Uhr 15 Min. Nachm.

Ankunft:

in Krakau von Wien 9 Uhr 45 Minuten Früh, 7 Uhr 45 Minuten Abends; — von Breslau und Warschau 9 Uhr 45 Minuten Früh, 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Ofrau über Oberberg nach Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Rzeszów 8 Uhr 40 Min. Abends; — von Przemyśl 6 Uhr 15 Min. Früh, 3 Uhr Nachm.; — von Bielitz 6 Uhr 40 Min. Abends.

in Rzeszów von Krakau 11 Uhr 51 Min. Vorm.

in Przemyśl von Krakau 6 Uhr 48 Minuten Früh, 6 Uhr Nachmittags.